

Ungemach droht von drei Seiten

Zeitarbeit. Die Branche läuft Gefahr, das Opfer ihres eigenen Erfolgs zu werden. Nach der Krise wurden Ende 2010 erstmals mehr als 900.000 Zeitarbeitskräfte gezählt. Die Politik will der Branche nun jedoch Zügel anlegen.

Es ist gerade erst zwei Jahre her, dass die Zeitarbeit von der Krise besonders stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Von Herbst 2008 bis Frühjahr 2009 schrumpfte die Zahl der Zeitarbeitnehmer um fast ein Drittel. Doch seitdem hat sich das Blatt gewendet. Die Zeitarbeit ex-

pandiert deutlich stärker als andere Branchen und die Zahl ihrer Beschäftigten erreichte bereits im Sommer 2010 das Vorkrisenniveau. Seitdem ging es weiter bergauf (Grafik):

Im Herbst des vergangenen Jahres wurde erstmals die Marke von 900.000 Beschäftigten überschritten, bevor im

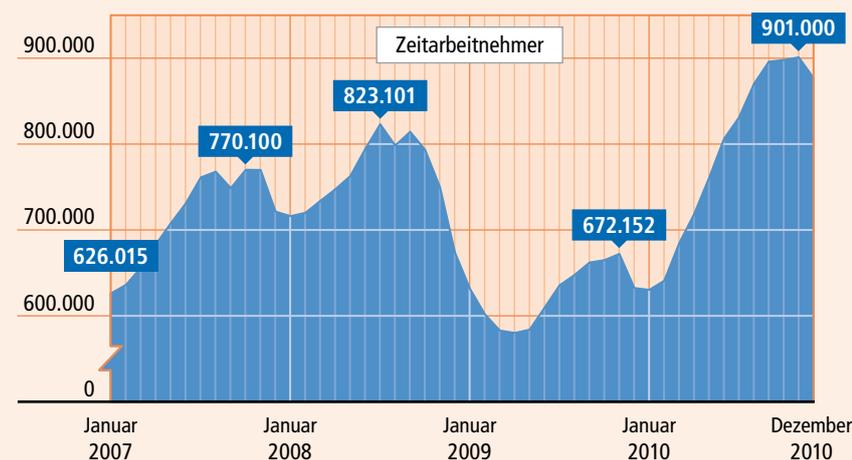
Dezember die Zahl der Zeitkräfte in saisonüblicher Weise zurückging.

Doch der Erfolg hat auch die Kritiker auf den Plan gerufen. Die Gewerkschaften behaupten, die Firmen würden die Stammebeschäftigten ausdünnen und dafür Zeitarbeitnehmer anheuern. Dieser Vorwurf ignoriert allerdings die Fakten: Der Anteil der Zeitarbeitnehmer an allen Beschäftigten beträgt gerade einmal 2,4 Prozent.

Dennoch zeigt das mediale Dauerfeuer offenkundig Wirkung. Die Politik jedenfalls hat sich des Themas angenommen. Sie möchte der Zeitarbeit Fesseln anlegen. Mit einigen dieser geplanten Restriktionen kann die Branche durchaus leben, mit anderen nicht:

1. Mindestlohn. Der Gesetzgeber will die Zeitarbeitsunternehmen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufnehmen. Demnach kann das Arbeitsministerium in bestimmten Branchen für die Arbeitsbedingungen Mindeststandards festlegen – etwa einen Mindestlohn. Damit soll beispielsweise ein Lohndumping aus- →

Zeitarbeit boomt wieder



Ab Juli 2010: IW-BZA-Zeitarbeitsindex
 Quellen: Bundesagentur für Arbeit, IW-BZA-Zeitarbeitsindex

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 6

In dieser Woche

Nordafrika:
 Das starke Bevölkerungswachstum macht wirtschaftliche Erfolge der Staaten oft zunichte.
 Seite 3

Grundeinkommen:
 Das Konzept des pauschalen staatlichen Transfers bleibt umstritten – etwa, weil die Finanzierung nicht geklärt ist.
 Seite 4-5

Smartphones:
 Im Jahr 2011 wird voraussichtlich jedes dritte verkaufte Mobiltelefon ein Alleskönner sein.
 Seite 6

Inflation:
 Dass die Teuerungsrate Kurs auf die 2-Prozent-Marke nimmt, liegt vor allem am Preisanstieg für Rohstoffe.
 Seite 7

Krankenstand:
 Wer für den Staat arbeitet, ist im Schnitt häufiger krank als Beschäftigte anderer Branchen.
 Seite 8

Präsident:
 Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
 Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
 Verbände und Unternehmen in Deutschland

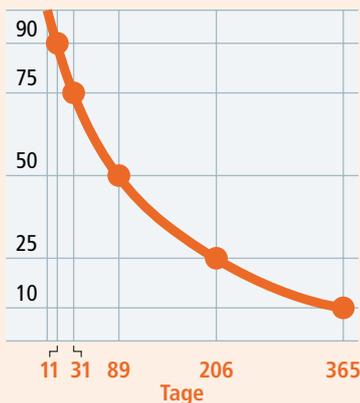
Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln



Zeitarbeit: Eher kurze Phasen

So viel Prozent der Zeitarbeitnehmer waren ... Tage im selben Betrieb eingesetzt

Lesebeispiel: Nach 31 Tagen waren noch 75 Prozent der Zeitarbeitnehmer ununterbrochen bei einem Kundenunternehmen beschäftigt. Nur 10 Prozent arbeiten ein Jahr oder länger im selben Betrieb.



Stand: 2006
Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · Iwd 6

Equal Treatment und Equal Pay

Im Zuge der Hartz-Reformen hat die Regierung im Jahr 2003 zahlreiche Regulierungen für die Zeitarbeit abgeschafft und im Gegenzug den Equal-Treatment-Grundsatz eingeführt. Demzufolge müssen für einen Zeitarbeitnehmer die gleichen Arbeitsbedingungen gelten wie für Beschäftigte der Stammbesellschaft des Kundenunternehmens – einschließlich des Lohns (Equal Pay).

Von dem Grundsatz darf nur dann abgewichen werden, wenn ein Tarifvertrag dies vorsieht. Für die Zeitarbeitsbranche kam dies einem Tarifzwang gleich, weil gerade kleine und mittelständische Zeitarbeitsunternehmen organisatorisch gar nicht in der Lage sind, sämtliche Gehaltsbestandteile und betrieblichen Regelungen des Kundenunternehmens zu recherchieren und zu übertragen. Im Extremfall müsste sogar die Frage der betrieblichen Altersvorsorge für Arbeitnehmer geregelt werden, die nur wenige Tage als Aushilfe im Betrieb sind.

→ ländischer Dienstleister unterbunden werden.

Grundsätzlich ist ein Vorstoß in Richtung Mindestlohn diskutabel. Denn ab Mai 2011 dürfen Arbeitskräfte aus den osteuropäischen Beitrittsländern in der alten EU ohne Restriktionen arbeiten.

Osteuropäische Zeitarbeitsunternehmen mit Tarifverträgen könnten – so die Befürchtung – ihre Arbeitnehmer dann zu den in ihrem Land geltenden Tariflöhnen nach Deutschland entsenden und die einheimische Konkurrenz ausstechen, die höhere tarifliche Entgelte zahlt. Ein Mindestlohn kann dies verhindern.

Nur wenn die ausländischen Personalverleiher keine Tarifentgelte zahlen, unterliegen sie dem Equal-Treatment-Grundsatz (Kasten). Demnach müssten sie ihre Arbeitskräfte genauso entlohnen wie die Stammbesellschaften im Kundenunternehmen – die Zeitarbeitsfirmen hätten also keinen Platzvorteil.

Es spricht aber einiges dagegen, einen Mindestlohn schon jetzt prophylaktisch einzuführen. Denn zum einen kann er Jobs kosten. Zum anderen ist noch gar nicht ausgemacht, ob osteuropäische Zeitarbeitsfirmen überhaupt hierzulande Fuß fassen werden.

2. Equal Pay. Das von der Regierung ins Auge gefasste Motto „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ – auf Neudeutsch Equal Pay – übersieht, dass Zeitarbeitnehmer und Stammbesellschaften keineswegs das Gleiche leisten. Während die Stammkräfte oft schon Jahre im Betrieb sind und viel Routine haben, bleiben Zeitarbeitnehmer häufig nur kurz im Kundenunternehmen (Grafik):

Nur jede zehnte Zeitarbeitskraft arbeitet ein Jahr oder länger im selben Betrieb.

Zeitarbeitnehmer sind mithin in der Regel längst nicht so produktiv wie die Stammbesellschaft. Insofern ist auch eine geringere Entlohnung gerechtfertigt. Equal Pay wäre allenfalls dann zu vertreten, wenn Zeitarbeitnehmer sehr lang – etwa mehr als ein Jahr – im selben Kundenbetrieb tätig sind.

3. Tariffähigkeit. Im Dezember 2010 hat das Bundesarbeitsgericht entschieden, dass die Tarifgemeinschaft der christlichen Gewerkschaften mit den Zeitarbeitsunternehmen keine Tarifverträge abschließen darf. Allerdings hatten zuletzt nicht wenige Zeitarbeitsunternehmen gerade mit den Christlichen eine solche Vereinbarung getroffen:

Laut einer Umfrage des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall arbeitete zuletzt rund ein Viertel der Metall- und Elektrobetriebe mit einem Verleihbetrieb zusammen, der den fraglichen Tarifvertrag anwendete.

Sofern dieser auch rückwirkend nichtig ist, drohen den betroffenen Zeitarbeitsunternehmen existenzgefährdende Nachzahlungen an ihre Beschäftigten und die Sozialversicherungen. Können die Firmen die Zusatzkosten nicht schultern, kann eventuell sogar das Kundenunternehmen in Regresspflicht genommen werden. Die Frage der Rückwirkung ist indes juristisch noch nicht abschließend geklärt.

Unter dem Strich bedrohen die Regulierungsbestrebungen der Politik und das genannte Urteil des Bundesarbeitsgerichts das Erfolgsmodell der Zeitarbeit in seiner gegenwärtigen Form. Dem Arbeitsmarkt erweist dies einen Bärendienst. Denn die Zeitarbeit ist eine wichtige – und häufig die einzige – Beschäftigungsmöglichkeit für geringqualifizierte.

Bevölkerungswachstum bremst Erfolge

Nordafrika. Die Menschen in den nordafrikanischen Ländern gehen nicht zuletzt auch für bessere Lebensverhältnisse auf die Straße. Das starke Bevölkerungswachstum macht wirtschaftliche Erfolge aber oft zunichte.

Die nordafrikanischen Staaten sowie Jordanien und Syrien sind alles andere als ökonomische Schwergewichte (Grafik). Ihre durchschnittliche jährliche Wirtschaftsleistung liegt lediglich bei 2.200 Euro je Einwohner. Zum Vergleich: Der Nachbar Israel erwirtschaftete 2009 fast 19.000 Euro, Deutschland sogar mehr als 29.000 Euro.

Dabei spielen die beiden Hauptunruheherde Tunesien und Ägypten wirtschaftlich in zwei unterschiedlichen Ligen:

Tunesien. Die Wirtschaft wuchs von 2005 bis 2008 im Schnitt um jährlich 6 Prozent, 2009 um 3 Prozent. Weil die Bevölkerung nicht so stark zunimmt wie anderswo – die Geburtenrate ist die niedrigste der

arabischen Welt –, haben sich die Lebensverhältnisse etwas verbessert.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Maghrebstaats ist mit 2.700 Euro je Einwohner um zwei Drittel höher als in Ägypten.

Ägypten. Mit einem BIP von nur 1.600 Euro je Einwohner steht Ägypten unter den Mittelmeerrainern am Ende der Wohlstandsskala. Dabei konnte das Land am Nil in den vergangenen Jahren seine Wirtschaft durchaus mithilfe ausländischer Direktinvestitionen stärken. Eine verringerte Körperschafts- und Einkommenssteuer sowie Ansätze zum Bürokratieabbau haben Investoren angezogen.

Die Wirtschaft wuchs am Nil etwa so stark wie in Tunesien. Die Ägypter haben davon allerdings kaum profitiert – der starke Bevölkerungszuwachs macht viele Anstrengungen zunichte. So sind 53 Prozent der Einwohner jünger als 25 Jahre.

Als Handelspartner sind die arabischen Mittelmeerrainer eben-

falls Leichtgewichte. Was beispielsweise die deutsche Wirtschaft im Jahr 2009 von dort importierte bzw. in die Region exportierte, machte nur jeweils etwas mehr als 1 Prozent der deutschen Handelsströme aus. Dieser Wert würde noch geringer ausfallen, wären da nicht die Erdöleinfuhren aus Libyen:

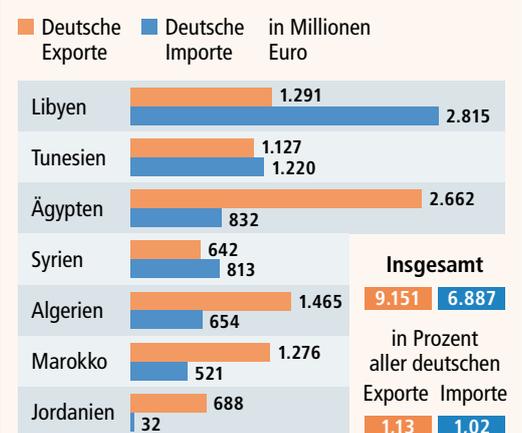
Deutschland hat aus Libyen 2009 immerhin 8,4 Prozent seiner Ölimporte bezogen.

Aus Ägypten importieren die Deutschen insbesondere Textilien, Bekleidung und Nahrungsmittel. Den umgekehrten Weg nehmen vor allem Maschinen, Kfz-Teile und Elektrotechnik.

Ein wichtiger Wirtschaftszweig in den nordafrikanischen Staaten ist der Tourismus. Insgesamt reisen jedes Jahr mehr als 12,5 Millionen ausländische Urlauber nach Ägypten, davon zuletzt 1,2 Millionen aus Deutschland. Auch Tunesien ist mit über 7 Millionen Gästen pro Jahr eine beliebte Destination.

Arabische Länder: Wirtschaftliche Leichtgewichte

	Einwohner in Millionen	Jährlicher Bevölkerungszuwachs 2000 bis 2008 in Prozent	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro
Libyen	6,4	2,0	6.988
Algerien	34,9	1,5	2.898
Jordanien	6,0	2,9	2.755
Tunesien	10,4	0,9	2.728
Marokko	32,0	1,2	2.011
Syrien	21,1	3,1	1.780
Ägypten	83,0	1,9	1.632
zum Vergleich:			
Israel	7,4	1,8	18.831
Deutschland	81,8	0,0	29.410



Die soziale Mogelpackung

Bedingungsloses Grundeinkommen. Die Bündelung der staatlichen Sozialtransfers in eine pauschale Summe für jedermann taucht zwar immer wieder in der politischen Diskussion auf, bleibt aber umstritten. Die Kritik entzündet sich unter anderem daran, dass zentrale Punkte – wie etwa die Finanzierung – nicht geklärt sind.

Zwischen 600 und 1.000 Euro im Monat für jeden – in dieser Bandbreite bewegen sich die Modelle eines bedingungslosen Grundeinkommens, das unabhängig vom Alter, Geschlecht, Familienstand, Wohnsitz, Beruf und von der Beschäftigung gezahlt werden soll (Kasten). Die Idee dieser auch Bürgergeld genannten staatlichen Transferleistung ist, dass sie sämtliche steuerfinanzierten Sozialleistungen zusammenfasst. Statt Hartz IV, Wohngeld, Sozialhilfe, die Grundsicherung im Alter oder den Kinderzuschlag einzeln zu gewähren, packt das Grundeinkommen sämtliche Transfers in eine Pauschale – und zwar für alle, ob bedürftig oder nicht.

Das bedingungslose Grundeinkommen, so argumentieren seine Befürworter, führe zu mehr Gerechtigkeit, senke die Bürokratie- und Verwaltungskosten und würde außerdem von der Bevölkerung befürwortet.

Das klingt gut. Aber was ist dran an diesen Thesen?

Das **Gerechtigkeits-Argument** zieht nur auf den ersten Blick: Zwar scheint es fair zu sein, wenn jeder Mensch in Deutschland ohne jede Vorbedingung denselben monatlichen Betrag aus der Staatskasse erhält. De facto bedeutet das aber, dass der hoch bezahlte Top-Manager einen zusätzlichen Geldtransfer in Höhe des Grundeinkommens erhält,

der Langzeitarbeitslose dagegen das Grundeinkommen nur anstelle des Arbeitslosengelds II bekommt. Hartz-IV-Empfängern bliebe somit lediglich so viel Geld im Portemonnaie wie heute. Zwar ist das Grundeinkommen nominell etwas höher als die derzeit gültigen Hartz-IV-Sätze, doch die höheren Konsumsteuern, mit denen das Bürgergeld finanziert werden soll, dürften diesen Vorteil wieder „auffressen“.

Das **Effizienz-Argument** zielt vor allem darauf ab, dass Kosten gespart werden, weil nur noch eine Behörde als Ansprechpartner ausreichen würde – zum Beispiel das Finanzamt, das in der öffentlichen Debatte meist als geeignete Verwaltungsbehörde für das Grundeinkommen genannt wird. Deutlich weniger Bürokratiekosten sollen zudem dadurch entstehen, dass die bisher erforderlichen Überprüfungen von Sozialleistungsempfängern bei der Einführung eines Bürgergelds entfallen.

Doch was ist mit Menschen, denen das Grundeinkommen zum Leben nicht reicht – etwa Behinderten? Man wird auch beim Bürgergeld nicht umhinkommen, den zusätzlichen finanziellen Bedarf bestimmter Personengruppen zu ermitteln. Damit aber kommen die Bedürftigkeitsprüfungen quasi durch die Hintertür wieder ins Spiel – und das Effizienz-Argument ist hinfällig.

Ein weiterer Knackpunkt ist die Finanzierung des Grundeinkommens. So hat das Institut für Weltwirtschaft in Kiel errechnet, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger jährlich einen dreistelligen Milliardenbetrag kostet.

Wer setzt sich für das Grundeinkommen ein?

Die FDP sprach sich bereits 2005 in einem Parteitagbeschluss für ein Bürgergeld aus, das alle steuerfinanzierten Sozialleistungen in ein Paket packt. Aktuell enthält der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP eine Absichtserklärung, das Konzept des Bürgergelds zu prüfen.

Ein prominenter Vertreter des bedingungslosen Grundeinkommens ist Götz Werner, Besitzer der Drogeriekette dm. Er fordert ein garantiertes Grundeinkommen von 1.000 Euro monatlich – und zwar vom Baby bis zum Greis und völlig unabhängig von der sozialen Bedürftigkeit. Sein Finanzierungsmodell sieht dafür eine Reform des Steuersystems vor, die allein den Konsum besteuern soll.

Ein solidarisches Bürgergeld wird auch von einigen Vertretern der CDU favorisiert. Eine Kommission unter Leitung des thüringischen Ex-Ministerpräsidenten Dieter Althaus stellte im Herbst 2010 ein Konzept vor, wonach jeder Bürger in den Genuss eines Staatstransfers von maximal 600 Euro im Monat käme. Im Gegenzug würde Hartz IV komplett abgeschafft.

Teile der Linkspartei sowie einzelne Grüne befürworten die Idee des Grundeinkommens ebenfalls. Unter Ökonomen gibt es keine einhellige Meinung: Während die fünf Wirtschaftsweisen das Bürgergeld klar ablehnen, spricht sich Thomas Straubhaar, Chef des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts, für das Grundeinkommen aus.

Einige Experten gehen sogar von bis zu 1.000 Milliarden Euro im Jahr aus. Zum Vergleich: Die Ausgaben für alle bestehenden Sozialleistungen beliefen sich in Deutschland im Jahr 2009 auf 750 Milliarden Euro, davon entfielen auf Hartz-IV-Leistungen circa 46 Milliarden Euro.

Wie viel Geld das Bürgergeld auch immer am Ende kosten mag, fest steht:

Ohne eine erhebliche zusätzliche Staatsverschuldung ist die Einführung eines Grundeinkommens nicht finanzierbar.

Bleibt noch das **Akzeptanz-Argument**. Ließe sich die Bevölkerung in Deutschland überhaupt von der Idee eines Grundeinkommens überzeugen? Eine Umfrage des World Values Survey – einem Netzwerk von Sozialwissenschaftlern, die weltweit kulturelle und politische Veränderungen unter die Lupe nehmen – ergab, dass dies nicht so einfach zu bewerkstelligen sein dürfte. Denn die meisten Leute stehen pauschalen Transferleistungen skeptisch gegenüber (Grafik):

Rund 40 Prozent der Deutschen finden es entwürdigend, Geld zu bekommen, ohne dafür etwas zu leisten. Der Anteil derer, die das anders sehen, liegt nur bei 33 Prozent.

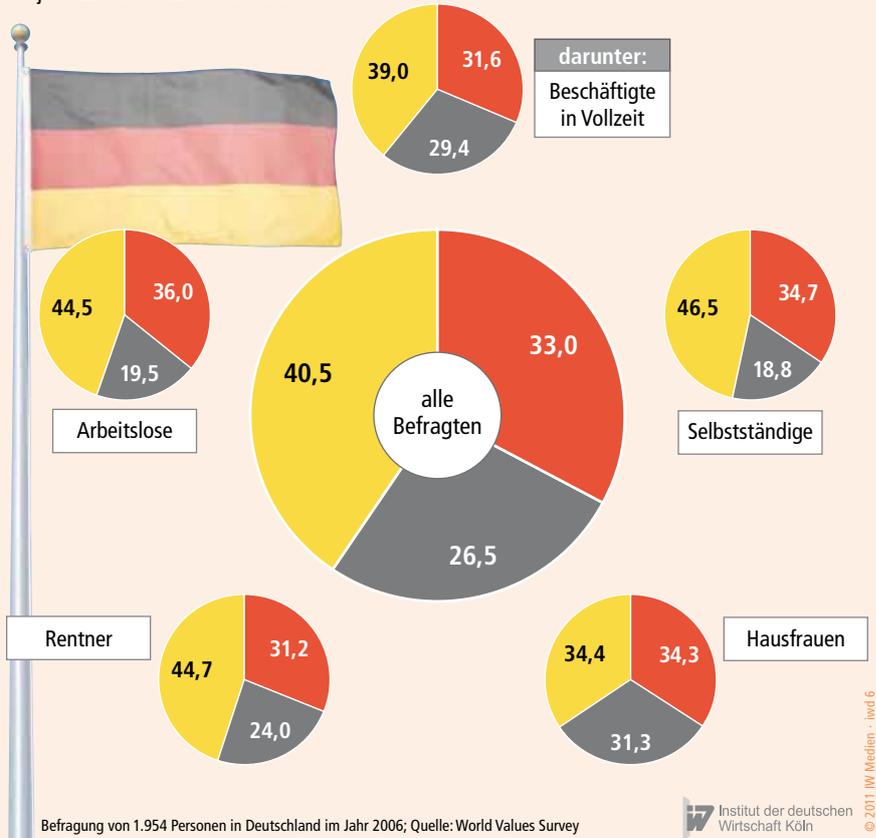
Am höchsten ist die Ablehnungsrate mit annähernd 47 Prozent unter den Selbstständigen. Doch auch unter den Arbeitslosen ist der Anteil derer, die den Empfang von Leistungen ohne Gegenleistung kritisch beurteilen, mit knapp 45 Prozent überdurchschnittlich hoch.

Dieses Ergebnis deckt sich mit den Erkenntnissen aus der Sozialpsychologie: So konnten Psycholo-

Grundeinkommen: Viele sind skeptisch

Auf die Frage, ob es entwürdigend sei, Geld zu bekommen, ohne dafür arbeiten zu müssen, antworteten so viel Prozent der Befragten mit ...

■ ja ■ nein ■ weder noch



gen nachweisen, dass Menschen der Ausgewogenheit von Leistung und Gegenleistung in der Regel eine hohe Bedeutung beimessen. Inwieweit die Gesellschaft eine Grundversorgung akzeptiert, die beispielsweise einem gesunden Jugendlichen das gleiche Einkommen garantiert wie einem Menschen mit einem geistigen oder körperlichen Handicap, ist demnach höchst fraglich.

Andererseits ist einem Großteil der Bevölkerung der Ausbau der sozialen Leistungen ein wichtiges Anliegen. So halten sechs von zehn Befragten mittlerweile eine stärkere soziale Absicherung für wichtiger als Markt und Wettbewerb (vgl. iwD 51-52/2010). Ein großzügig bemessenes Grundeinkommen könnte für diese Absicherung sorgen und – das versprechen sich zumindest die Befürworter des

Bürgergelds – gleichzeitig wieder zu einer größeren Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft führen.

Dabei übersehen die Fürsprecher allerdings, dass das Konzept des Grundeinkommens mit der Sozialen Marktwirtschaft überhaupt nichts zu tun hat: Wenn Werte, die von Arbeitnehmern und Unternehmen erwirtschaftet wurden, gleichmäßig und ohne Bedürftigkeitsprüfung verteilt werden, dann handelt es sich um eine sozialistische Idee und nicht um eine marktwirtschaftliche.

Unterm Strich lässt sich deshalb festhalten: Auf den ersten Blick hat die Idee, jedem Bürger ein bedingungsloses Grundeinkommen zur Verfügung zu stellen, durchaus Charme. Doch bei näherer Betrachtung erweist sich das Konzept des Bürgergelds als Mogelpackung.

Allrounder auf dem Vormarsch

Smartphones. In Deutschland werden 2011 voraussichtlich erstmals mehr als 10 Millionen Smartphones verkauft. Damit wird jedes dritte neue Mobiltelefon ein Alleskönner sein. Auch die entsprechenden Zusatzprogramme erfreuen sich wachsender Beliebtheit. Allein 2010 wurden rund 750 Millionen Applikationen für den mobilen Bedarf heruntergeladen.

Telefonieren, Musik hören, fotografieren, E-Mails schreiben, im Internet surfen, Termine verwalten, daddeln: Wofür man früher noch diverse Einzelgeräte brauchte, reicht heute ein sogenanntes Smartphone aus. Smartphones sind hochwertige Multimedia-Handys, die nahezu sämtliche Möglichkeiten der mobilen Kommunikation in einem einzigen Gerät verbinden.

Im Gegensatz zu herkömmlichen Handys verfügen sie über einen größeren und typischerweise berührungsempfindlichen Bildschirm – eine Tastatur ist somit bei den meisten Smartphones bereits überflüssig. Inzwischen haben fast alle darüber hinaus noch eine integrierte Digitalkamera, die für den Hobbygebrauch allemal ausreicht.

Diese Multifunktionalität haben die Kunden in jüngster Vergangenheit mit einer zunehmenden Nachfrage belohnt:

Obwohl die Geräte erst seit wenigen Jahren auf dem Markt sind, verfügt bereits jeder fünfte Handy-nutzer über ein Smartphone – Tendenz stark steigend.

Im Jahr 2010 wurden in Deutschland insgesamt knapp 27 Millionen



Handys verkauft, mit denen ein Umsatz in Höhe von 3,9 Milliarden Euro erzielt wurde. Für das laufende Jahr rechnet der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) mit 28,4 Millionen verkauften Mobiltelefonen im Gesamtwert von 4,3 Milliarden Euro. Verantwortlich für diese positive Entwicklung sind in erster Linie die Smartphones (Grafik):

Der Umsatz mit den mobilen Allroundern wird in diesem Jahr voraussichtlich um 35 Prozent auf 2,2 Milliarden Euro zulegen. Zudem dürften 2011 erstmals über 10 Millionen Exemplare verkauft werden – 39 Prozent mehr als 2010.

Die Verkaufszahlen anderer Handys werden dagegen wohl eher schrumpfen – schätzungsweise um knapp 6 Prozent. Damit wird jedes

dritte neue Mobiltelefon ein Smartphone sein.

Infolge eines deutlich höheren Durchschnittspreises – Smartphones kosten aktuell im Schnitt 226 Euro, andere Handys liegen bei 116 Euro – wird im laufenden Jahr sogar mehr als die Hälfte des Umsatzes auf das Segment der mobilen Alleskönner entfallen.

Ergänzend zu den vielfältigen Grundfunktionen eines Smartphones können deren Nutzer individuell Zusatzprogramme, sogenannte Apps, installieren – von Navigationssystemen bis hin zu sprechenden Haustieren. Die Apps gibt es im Internet zum Downloaden.

Der Haken daran: Smartphones ermöglichen es dem Benutzer zwar prinzipiell, Zusatzprogramme auch von Drittfirmen zu installieren. Doch die Angebote unterliegen oft der Kontrolle der Betriebssystemhersteller. So sind Drittanbieter bei der Entwicklung von Apps meist gezwungen, die vorgegebenen Technologiestandards der Smartphone-Hersteller zu verwenden – etwa deren Dateiformate. Besonders gefragte Apps sind oft künstlich an ein bestimmtes Betriebssystem gebunden. Das verschafft den Herstellern eine gewisse Vormachtstellung am Markt.

Allerdings gibt es viele Apps auch gratis und kostenpflichtige im Schnitt für weniger als 3 Euro. Vorläufigen Statistiken zufolge wurden in Deutschland im Jahr 2010 über 750 Millionen mobile Apps heruntergeladen – ein Plus von 78 Prozent gegenüber 2009. Der mit den Anwendungen erzielte Umsatz stieg um 81 Prozent auf 343 Millionen Euro.

Die ruhigen Zeiten sind vorbei

Inflation. Die Teuerungsrate in Deutschland nimmt Kurs auf die 2-Prozent-Marke. Dies liegt in erster Linie am Preisanstieg für Rohstoffe. Ob daraus ein größeres und längerfristiges Inflationsproblem erwächst, hängt vor allem vom Verhalten der Tarifpartner ab.

Nachdem sich die Verbraucherpreise im Krisenjahr 2009 gerade mal um 0,4 Prozent erhöht hatten und auch 2010 nur um 1,1 Prozent zulegten, ist die Teuerung im Januar 2011 auf 1,9 Prozent gestiegen. Die größten Preistreiber waren Strom, Gas und Benzin (Grafik):

Im vierten Quartal 2010 ging ein Drittel der Inflation auf den Anstieg der Energiepreise zurück – im Dezember 2010 entfielen darauf sogar 0,7 Prozentpunkte des gesamten Preisanstiegs von 1,7 Prozent.

Doch auch andere Rohstoffe heben das allgemeine Preisniveau an – der vom Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut berechnete Weltmarktpreisindex für Rohstoffe lag im Dezember 2010 um fast 40 Prozent über dem Vorjahresniveau (Grafik).

Eisenerz und Stahlschrott waren im Dezember 2010 sogar nahezu doppelt so teuer wie ein Jahr zuvor.

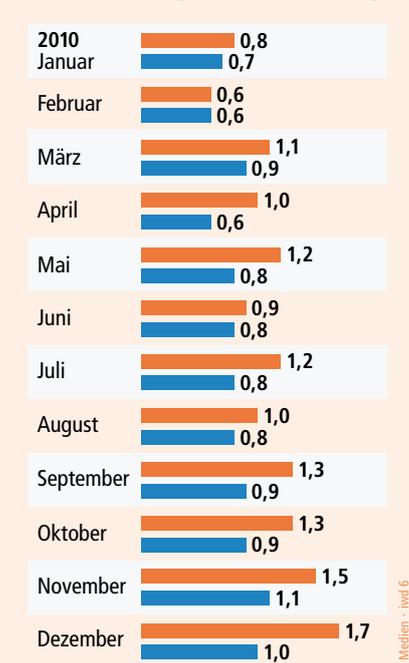
Erklären lässt sich diese Entwicklung unter anderem mit der wieder stärker wachsenden Weltwirtschaft: Die Nachfrage steigt, sodass vor allem die Preise für besonders knappe Rohstoffe anziehen. Außerdem führt die lockere Geldpolitik vieler Staaten dazu, dass auf den Kapitalmärkten viel Liquidität vorhanden ist – diese Mittel werden verstärkt in Rohstofffonds und -termingeschäfte gesteckt, was die Preise ebenfalls in die Höhe treibt.

Nicht zuletzt hat der Euro von Dezember 2009 bis Dezember 2010 gegenüber dem Dollar fast 10 Prozent seines Wertes verloren. Damit verteuerten sich die meist in Dollar gehandelten Rohstoffe für deutsche Importeure zusätzlich.

So weit, so unangenehm – richtig brisant wird die Lage jedoch erst, wenn die Inflationswelle weitere Bereiche der deutschen Wirtschaft erfasst. Sollten die steigenden Preise in Tarifverhandlungen Anlass für deutliche Lohnerhöhungen sein, steigen die Kosten der hiesigen Unternehmen auf breiter Front. Die Folge wäre eine Lohn-Preis-Spirale, die das Wirtschaftswachstum schmälert und zu Jobverlusten führt.

Energie treibt Preise

Veränderung der Verbraucherpreise in Deutschland gegenüber Vorjahresmonat in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 6

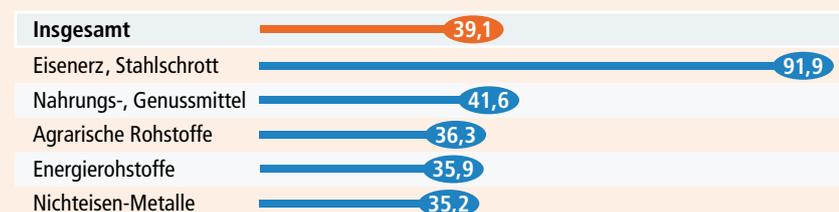
Inflationsmessung

Die Inflationsrate zeigt die prozentuale Veränderung des Preisniveaus in einer Volkswirtschaft gegenüber dem Vorjahr an. Die gebräuchlichste Messgröße ist der Verbraucherpreisindex. Dieser verdeutlicht, wie sich die Preise für eine repräsentative Auswahl der von den Bundesbürgern konsumierten Waren und Dienstleistungen entwickelt haben. Oft werden auch bestimmte Gütergruppen – etwa Energie, saisonale Erzeugnisse oder staatliche Gebühren – ausgeklammert und diverse Kerninflationsraten berechnet. Der Preisindex des Bruttoinlandsprodukts erfasst dagegen die Veränderung der Preise aller in einer Volkswirtschaft erstellten Waren und Dienstleistungen.

Kritiker bemängeln allerdings, dass die gängigen Preisindizes neue Güter und vor allem Qualitätsveränderungen nicht ausreichend erfassen. Außerdem würden wichtige Trends – z. B. bei den Aktien- und Immobilienpreisen – nicht adäquat berücksichtigt.

Rohstoffe stark verteuert

Veränderung des HWWI-Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe im Dezember 2010 gegenüber Vorjahresmonat in Prozent



Rohstoffpreisindex: auf Euro-Basis; Quelle: Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 6

E-Business im Mittelstand

Wie kleine und mittlere Unternehmen mithilfe elektronischer Geschäftsprozesse ihre Produkte und Arbeitsabläufe verbessern, wird am 17. und 18. Februar auf der vierten PROZEUS-KongressMesse demonstriert. Die Veranstaltung im red dot design museum in der Zeche Zollverein, Essen, bietet dabei wieder Praxisbeispiele aus Industrie, Dienstleistungsgewerbe und Handel. Herausragende Lösungen werden mit dem UnternehmerPreis 2011 ausgezeichnet.

Die Initiative Prozesse und Standards (PROZEUS) informiert Firmen mit bis zu 500 Mitarbeitern über zukunftsfähige und investitionssichere E-Business-Lösungen, die auf kostengünstigen, neutralen und international akzeptierten E-Business-Standards basieren. PROZEUS wird betrieben von GS1 Germany GmbH – Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum für unternehmensübergreifende Geschäftsabläufe sowie der IW Consult, der Consulting-Tochter des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Das Bundeswirtschaftsministerium fördert die Initiative finanziell.

Weitere Informationen zur PROZEUS-KongressMesse unter: www.prozeus.de

Adressaufkleber

Eine Frage des Berufs

Krankenstand. Wer für den Staat arbeitet, ist im Schnitt häufiger krank als Beschäftigte anderer Branchen. Doch auch in der öffentlichen Verwaltung hängt die Zahl der Krankheitstage stark vom Beruf ab.

Die bei einer Betriebskrankenkasse versicherten Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung waren 2009 im Durchschnitt an 16,6 Kalendertagen krankgeschrieben. In der Elektroindustrie fehlten die Beschäftigten dagegen nur an 11,9 Tagen, in der Medienbranche sogar nur an 8,4 Tagen.

Dennoch sind die Angestellten des Staates nicht grundsätzlich öfter malad – entscheidend ist vielmehr der jeweilige Beruf (Tabelle):

Während etwa Angestellte der Polizei 2009 mehr als 30 Tage krankgeschrieben waren, reichten „amtliche“ Bauingenieure nur für 10 Tage Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen ein.

Allerdings melden sich bei gleichem Beruf die Beschäftigten anderer Branchen seltener krank. So fehlten EDV-Spezialisten in privaten Firmen zuletzt fast vier Tage weniger als Computer-Experten in den Amtsstuben. Es gibt aber auch Gegenbeispiele – Sozialarbeiter an Schulen oder in Heimen etwa fielen 2009 sechs Tage länger aus als jene in der öffentlichen Verwaltung.

Prima Büroklima

Arbeitsunfähigkeitstage der Arbeitnehmer in der öffentlichen Verwaltung im Jahr 2009

Insgesamt	16,6
darunter:	
Wächter, Aufseher	31,9
Soldaten, Grenzschutz-, Polizeibedienstete	30,3
Gärtner, Gartenarbeiter	25,2
Raum-, Hausratreiniger	24,3
Kraftfahrzeugführer	23,1
Kultur-, Wasserbauwerker	22,6
Bürohilfskräfte	22,0
Straßenwarte	21,4
Stenographen, Stenotypisten/-innen, Maschinenschreiber	18,7
Pförtner, Hauswarte	18,5
Bürofachkräfte	17,8
Kindergärtner/-innen, Kinderpfleger/-innen	15,1
Real-, Volks-, Sonder-schullehrer	13,6
Bibliothekare, Archivare, Museumsfachleute	13,3
Sozialarbeiter, Sozialpfleger	12,8
Leitende Verwaltungsfachleute	12,0
Arbeits-, Berufsberater	11,9
Datenverarbeitungsfachleute	11,9
Heimleiter, Sozialpädagogen	11,5
Architekten, Bauingenieure	9,9

Arbeitsunfähigkeitstage: der pflicht- und freiwillig krankenversicherten Mitglieder einer Betriebskrankenkasse, einschließlich Krankschreibungen am Wochenende und an Feiertagen

Quelle: Bundesverband der Betriebskrankenkassen

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 6

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowiec, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich

Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln, **Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.köln.wissen
SCHAFFT KOMPETENZ.